

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Dr. Martin Meyer

Zentrale Themen im Berichtsjahr waren einerseits der Abschluss der Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes in Form einer Neufassung als Gesetz über den Schutz der Bevölkerung, wonach die mannigfaltigen Aufgaben und Kompetenzen des Landesführungsstabes zum einen und der einzelnen Führungs- und Rettungsorganisationen zum anderen sowie deren notwendiges und sinnvolles Zusammenwirken im Gesetz festgeschrieben worden ist. Das Bevölkerungsschutzgesetz normiert erstmalig die Verpflichtung für Arbeitgeber, den Mitgliedern von Hilfs- und Rettungsorganisationen unbezahlte Freistellung für Ernstfalleinsätze und Aufgebote für Kurse und Ausbildungen zu gewähren.

Andererseits ist der Vernehmlassungsbericht über die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes verabschiedet worden. Diese Vorlage befasst sich zum einen mit der Einführung des Erwerbs einer erleichterten Einbürgerung von Staatenlosen und Findelkindern, andererseits fordert und setzt es eine vermehrte Integration, wie die Beherrschung der deutschen Sprache und Kenntnisse der Rechtsordnung sowie der Staatskunde, inkl. positiv abgelegter Prüfung, um. Zudem ist im Berichtsjahr die Abänderung einzelner Bestimmungen des Grundverkehrsgesetzes abgeschlossen und eine diesbezüglich neue Verordnung erlassen worden.

Am 25. August 2007 ist erstmalig unter dem Motto «Einsatz 07» (Aktionstag Retten und Helfen) ein liechtensteinischer Bevölkerungsschutztag durchgeführt worden, an welchem alle Rettungs- und Hilfsorganisationen die Möglichkeit genutzt haben, ihre Leistungsfähigkeit zu demonstrieren und der interessierten Bevölkerung Einblicke in vielen Facetten ihrer Tätigkeiten und Infrastrukturen gegeben haben.

Landespolizei

Im Berichtsjahr konnte die Landespolizei strategisch wichtige Projekte, wie die im Jahre 2005 begonnene Einführung des digitalen Funknetzes (Polycom) durch die Migration dieses Systems im Regionalnetz FL erfolgreich vervollständigen sowie die Funkversorgung in definierten öffentlichen Gebäuden initiieren. Andere Projekte, wie die im Jahre 2006 angegangene Erneuerung der Landesnotruf- und Einsatzzentrale konnten nahezu abgeschlossen werden.

Zudem hat die Landespolizei mit der im Berichtsjahr abgeschlossenen Revision des Polizeigesetzes eines der modernsten Polizeigesetze geschaffen, welches nunmehr die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, die Gefahrenvorsorge sowie Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen umfasst. Darüber hinaus ist dieses Gesetz in Bezug auf die Bearbeitung polizeilicher Daten den Erfordernissen des Datenschutzgesetzes entsprechend angepasst worden.

Im Hinblick auf den geplanten Beitritt Liechtensteins zu Schengen/Dublin, hat die Landespolizei gemeinsam mit dem Ausländer- und Passamt eine Vorstudie erarbeitet, in welcher die operativen Konsequenzen dieses Beitritts für die Landespolizei sowie für das Ausländer- und Passamt aufgezeigt und entsprechende Empfehlungen an die Regierung abgegeben worden sind.

Internationale Zusammenarbeit gefestigt

Am 2./3. Mai hat sich Regierungsrat Dr. Martin Meyer mit dem österreichischen Innenminister Günther Platter zu einem ausführlichen Arbeitsgespräch getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem österreichischen Innenminister standen die Themen bilaterale und regionale Zusammenarbeit mit Österreich, der Schengen/Dublin Beitritt Liechtensteins, verschiedene Integrationsprogramme und der aktuelle Stand der Vorbereitungen zur Weltgymnaestrada als auch der EURO 08.

Über Einladung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas zum Bericht über die Gemeindeautonomie in Liechtenstein, hat Regierungsrat Dr. Martin Meyer an einer internationalen Tagung in Strassburg teilgenommen. Im Vorfeld haben persönliche Gespräche mit dem Generalsekretär des Europarats, Terry Davis, dem Generalsekretär der parlamentarischen Versammlung des Europarates Mattheu Sorinas, und dem in Strassburg für Liechtenstein zuständigen Richter Mark Villiger stattgefunden. Abgerundet wurde der Strassburgaufenthalt durch eine Rede von Regierungsrat Dr. Martin Meyer vor dem Europarat, der im Anschluss daran Liechtenstein ein sehr gutes Zeugnis ausstellte und zum Schluss kam, dass Liechtenstein die Bestimmungen der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung vollumfänglich erfüllt.

Am 3./4. September haben sich die Innenminister der deutschsprachigen Länder, der schweizerische Innenminister Bundesrat Christoph Blocher, der österreichische Innenminister Günther Platter, der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble und als Vertretung für den liechtensteinischen Innenminister Dr. Martin Meyer die Ausenministerin Rita Kieber-Beck zu einem gemeinsamen Arbeitsgespräch in Weimar getroffen. Das Treffen fand auf Einladung des deutschen Innenministers Wolfgang Schäuble statt und stand im Zeichen des Titels «4 Länder – Ein gemeinsamer Sicherheitsraum». Die thematischen Schwerpunkte des Treffens bildeten sicherheitspolitische Themen wie Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität. Dabei wurden zudem Erfahrungen im Bereich der Integration ausgetauscht sowie Weiterungen zum Thema Schengen/Dublin und über den Vertrag von Prüm mitgeteilt.

Regierungsrat Dr. Martin Meyer weilte am 3./4. Oktober in seiner Funktion als Innenminister zu Besuch bei Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Im Zentrum des Gesprächs zwischen Bundesrat Samuel Schmid und Regierungsrat

Dr. Martin Meyer standen insbesondere die Abschlussbilanz der erfolgten Katastrophenschutzübung «Rheintal 06», die allgemeinen Entwicklungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes zwischen der Schweiz und Liechtenstein sowie die Thematik EURO 08 und die damit verbundene Projektorganisation der öffentlichen Hand. Abgeschlossen wurde das grenzüberschreitende Arbeitsgespräch mit einem Besuch beim schweizerischen Fachinstitut für den Schutz von atomaren, biologischen und chemischen (ABC) Bedrohungen und Gefahren in Spiez. Dabei wurde unter anderem über das aktuelle ABC-Schutzkonzept in der Schweiz bei entsprechenden ABC-Einsätzen (z. B. Antrax, Pandemie usw.) informiert. Das Fachinstitut für den Schutz vor atomaren, biologischen und chemischen Bedrohungen und Gefahren in Spiez koordiniert die internationalen Kontakte und hat die künftige bilaterale Zusammenarbeit mit Liechtenstein eingeräumt.

Am 12./13. November hat sich Regierungsrat Dr. Martin Meyer mit dem österreichischen Innenminister Günther Platter und den Sicherheitsverantwortlichen der EURO 08 in Wien zu einem umfassenden Arbeitsgespräch getroffen. Dabei wurden zum einen die internationale grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit und zum anderen das Thema Schengen Informationssystem (SIS) erörtert. Zur Stärkung der inneren Sicherheit ist im Anschluss an das Arbeitsgespräch ein gemeinsames Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen zur EURO 08 unterzeichnet worden. Im Mittelpunkt dieser gemeinsamen Erklärung steht dabei vor allem die intensive und effiziente Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien und Sicherheitsbehörden.

Öffentliche Sicherheit und Rettungsorganisation

Neben der Landespolizei sind für die öffentliche Sicherheit insbesondere die liechtensteinischen Rettungsorganisationen (u. a. Feuerwehren, Bergrettung, Samaritervereine) zuständig. Eine zentrale Aufgabe im Berichtsjahr war der Abschluss der Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes in Form einer Neufassung als Gesetz über den Schutz der Bevölkerung. Im Berichtsjahr wurde ausserdem der Landesführungsstab personell und organisatorisch dem neuen Bevölkerungsschutzgesetz angepasst sowie die anlässlich der Grossübung «Rheintal 06» aufgezeigten Mängel und Pendenzen aufgearbeitet. An sieben absolvierten Sitzungen liess sich der LFS von verschiedenen Anbietern wichtiger Infrastrukturen in Liechtenstein als direkte Partner in ausserordentlichen Lagen vor allem über die Notfallplanung, die Schnittstellen zum Stab und das Erfassen von Kontaktstellen zum Stab informieren.

Im Berichtsjahr hat erstmalig der Liechtensteiner Bevölkerungsschutztag unter dem Motto «Einsatz 07» am 25. August stattgefunden. Dabei haben alle Rettungs- und Hilfsorganisationen ihre Leistungsfähigkeit ein-

drucksvoll demonstriert und der interessierten Bevölkerung einen guten Einblick in viele Facetten ihrer Arbeit und Infrastruktur gegeben.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Kurse der Zivilschutzorganisationen durchgeführt. Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in den anderen Rettungs- und Hilfsorganisationen haben sich mittlerweile materiell aber auch finanziell auf einem sehr hohem Niveau eingependelt und bestens bewährt. Die im Land existenten verschiedenen Rettungsorganisationen sind durch zahlreiche Subventionen unterstützt worden. Neben den Nothilfekursen für Schulen wurden die ausserordentlichen Kursangebote der Samariter sehr gut genutzt.

Gewaltschutzkommission

Die Kommission kam im Berichtsjahr zu 7 Sitzungen zusammen, wobei drei Schwerpunkte gesetzt wurden. Erstens ist das Gewaltpräventionsprojekt «Respekt bitte!» an einer Pressekonferenz unter Beteiligung der Regierungsräte Dr. Martin Meyer und Hugo Quaderer offiziell lanciert worden. Das Konzept dieser Kampagne, didaktisches Material sowie ein Referentenpool kann über die Homepage, www.respect-bitte.li, potentiellen Veranstaltern (Elternvereinigungen, Jugendschutzkommissionen, Schulteams usw.) angeboten werden. Zudem wurde in Schulen, an Elternabenden und an Fachtagungen der Jugendarbeiter/innen vor allem Veranstaltungen zu den Themen Mobbing und Gewalt und neue Medien (Handy, Internet) durchgeführt. Ebenfalls im Rahmen dieser Kampagne wurde ein Flyer «Sag nein zu Gewalt auf Handy und Computer» in Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen produziert. Darüber hinaus ist als weiterer Schwerpunkt das Handbuch zur Reduktion von Gewaltvorfällen an öffentlichen Anlässen und einem verbesserten Jugendschutz von den Gemeinden implementiert worden, was nunmehr von den Veranstaltern von den Homepages der Gemeindeverwaltungen heruntergeladen werden kann. Damit sind Jugendschutz und Gewaltprävention zwingende Bestandteile jeder Veranstaltungsvorbereitung geworden. Gestützt auf eine UN-Empfehlung (CERD) hat die Gewaltschutzkommission im Auftrag der Regierung betreffend einer Studie zu den Hintergründen des Rechtsextremismus in Liechtenstein die Fachhochschule Nordostschweiz mit der Durchführung einer wissenschaftlichen Studie über die Hintergründe des Rechtsextremismus in Liechtenstein beauftragt. Diese Studienergebnisse sollen im Sommer 2009 vorliegen und wertvolle Erkenntnisse zu den Hintergründen des Rechtsextremismus in Liechtenstein liefern. Schliesslich hat die Gewaltschutzkommission eine Interpellationsbeantwortung zum Thema häusliche Gewalt ausgearbeitet.

Regelungskommission

Die Kommission (Vorsitzender: Mag. iur. Konrad Lanser) hat im Berichtsjahr keine Sitzungen abgehalten. Dane-

ben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und die zahlreichen Anfragen einer Erledigung zugeführt.

Landesgrundverkehrskommission

Die Kommission (Präsident: Dr. Benedikt Marxer) hat im Berichtsjahr insgesamt zwei nichtöffentliche Sitzungen abgehalten.

Landes- und Gemeindebürgerrecht

Im Rahmen des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes sind im Berichtsjahr insgesamt 193 Personen eingebürgert worden. Nach § 5a (Einbürgerung für Alteingesessene) des genannten Gesetzes wurden 140 Personen, nach § 5 (infolge Eheschliessung) 45 Personen eingebürgert und gemäss § 6 (im ordentlichen Verfahren, Gemeindeabstimmung) 8 Personen.

Grundverkehr

Im Berichtsjahr wurde vom Landtag auf Basis der Ergebnisse einer Vernehmlassung die Abänderung einzelner Bestimmungen im Grundverkehrsgesetz beschlossen. Im Sinne der europarechtlichen Vorgaben soll damit allen natürlichen und juristischen Personen aus dem EWR der genehmigungsfreie Erwerb von Grund und Boden im Wege der Zwangsversteigerung ermöglicht werden, selbst wenn diese ihren Wohn- bzw. Hauptsitz nicht im Inland haben. Dadurch wird der Kreis potentieller Bieter bei Zwangsversteigerungen erweitert.

Die Regierung hat die vom Ressort ausgearbeitete neue Verordnung zum Grundverkehrsgesetz erlassen und gleichzeitig die zum Teil inhaltlich und systematisch überholte Verordnung aus dem Jahr 1975 aufgehoben.

Seit dem 1. Januar 2002 wird das Beschwerde- und Gegenäusserungsrecht gemäss Art. 18 Abs. 2 und 4 des Grundverkehrsgesetzes durch das Ressort Inneres ausgeübt. Das Ressort war im Berichtsjahr mit insgesamt 301 Grundverkehrsangelegenheiten befasst. Gegen 6 Beschlüsse von Gemeindegrundverkehrskommissionen wurde Beschwerde an die Landesgrundverkehrskommission erhoben.

Auflistung nach Gemeinden	Gesamt	davon Beschwerden
Gemeinde Balzers	20	1
Gemeinde Eschen	29	4
Gemeinde Gamprin	13	0
Gemeinde Mauren	28	0
Gemeinde Planken	6	0
Gemeinde Ruggell	19	0
Gemeinde Schaan	62	0
Gemeinde Schellenberg	10	0
Gemeinde Triesen	52	0
Gemeinde Triesenberg	18	0
Gemeinde Vaduz	44	1
Total	301	6

Auflistung nach Erwerbstypen

Baurecht	6
Kauf	241
Miete	4
Schenkung	7
Tausch	14
Widmung (Einbringung in Familienstiftung)	15
Sonstiges	14
Total	301

AMTSSTELLEN

Landespolizei

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Mit der im Berichtsjahr abgeschlossenen Revision des Polizeigesetzes hat die Landespolizei einen wichtigen Meilenstein erreicht. Die Zielsetzung bestand unter anderem darin, dieses Gesetz in Bezug auf die Bearbeitung polizeilicher Daten den Erfordernissen des Datenschutzgesetzes anzupassen. In diesem Zusammenhang wurden auch Regelungen für die internationale polizeiliche Amtshilfe sowie den präventiv-polizeilichen Staatsschutz geschaffen. Weiters wurden die Aufgaben der Landespolizei neu gefasst und erweitert. Die Landespolizei verfügt nun über ein modernes Polizeigesetz, welches auch die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, die Gefahrenvorsorge sowie Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen umfasst.

Die Landespolizei hat sich im Berichtsjahr mit diversen strategisch wichtigen Projekten auseinandergesetzt. Die Erneuerung der Landesnotruf- und Einsatzzentrale wurde im Detail geplant und vorbereitet. Der Umbau konnte Mitte Oktober gestartet werden und wird voraussichtlich Anfang des Jahres 2008 abgeschlossen. Wie bereits im vergangenen Jahr gehörte die Einführung des digitalen Funknetzes «Polycom» zu den zentralen Projekten der Landespolizei. Im Berichtsjahr wurde die Migration des Systems im Regionalnetz FL erfolgreich durchgeführt. Ebenso wurde die Funkversorgung in definierten öffentlichen Gebäuden initiiert.

Im Hinblick auf den geplanten Beitritt Liechtensteins zu Schengen / Dublin hat die Landespolizei gemeinsam mit dem Ausländer- und Passamt eine Vorstudie erarbeitet, in welcher die operativen Konsequenzen dieses Beitritts für die Landespolizei sowie das Ausländer- und Passamt aufgezeigt und entsprechende Empfehlungen abgegeben werden.

Anlässlich des Liechtensteinischen Bevölkerungsschutztages «Einsatz 07» (Aktionstag Retten und Helfen) hatte die Landespolizei die Möglichkeit genutzt, ihre Leistungsfähigkeit zu demonstrieren und der interessierten Bevölkerung Einblick in einige Facetten der Polizeiarbeit und der polizeilichen Infrastruktur gegeben.

Die Landespolizei im Einsatz

Die Landespolizei leistete im Berichtsjahr in verschiedenen Diensten einen durchgehenden Betrieb. Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) war rund um die Uhr durch zwei Mitarbeitende besetzt. 2007 gingen in der LNEZ über die Notrufnummern 112 (internationaler Notruf), 117 (Polizeinotruf) und 118 (Feuerwehr) insgesamt 12 954 Meldungen ein. Die LNEZ disponierte insgesamt 4420 Einsätze. Die Zahl der disponierten Einsätze entspricht dem Vorjahreswert (4345).

Im uniformierten Aussendienst besorgten die Patrouillen in Früh-, Spät- und Nachtdiensten eine lückenlose Präsenz. Dabei wurden die Polizisten insbesondere am Wochenende durch die Bereitschaftspolizei unterstützt.

Tätigkeiten und Dienstleistungen	2007	2006
Durch die Einsatzzentrale disponierte Einsätze	4420	4345

Personalbestand

Bei der Landespolizei waren per Ende des Berichtsjahres 114.3 Stellen besetzt. Davon entfielen 79.4 Stellen auf Polizisten mit hoheitlichen Funktionen, 2.0 Stellen auf Polizeiaspiranten, 27.9 Stellen auf Verwaltungsangestellte und 5.0 Stellen auf Vollzugsbeamte im Landesgefängnis. Ferner wurde die Landespolizei durch 36 Bereitschaftspolizisten unterstützt.

Aus- und Weiterbildung

Die polizeiliche Grundausbildung steht seit der Gründung der Polizeischule Ostschweiz in Amriswil auf einem neuen Fundament. Liechtenstein ist mit den Ostschweizer Kantonen eine Partnerschaft eingegangen und bildet seit Oktober 2006 die Polizeiaspiranten in Amriswil aus. Die Polizeischule Ostschweiz hat die Feuertaufe bestanden und den ersten Lehrgang 2006/07 erfolgreich abgeschlossen.

Die Polizeischule Ostschweiz ist auf Praktiker aus den verschiedenen Korps angewiesen. Diese bestreiten einen wesentlichen Teil der polizeilichen Grundausbildung. Auch die Landespolizei entsendet Instruktoeren, die ihr Fachwissen an die Polizeischüler weitergeben.

Für die zwei Polizeiaspiranten wurden als Ergänzung zur absolvierten Grundausbildung an der Polizeischule Ostschweiz weitere Module der Rechtsmaterie Strafrecht und Strafprozessrecht an der Sicherheitsakademie in Gisingen vermittelt. Praktische Erfahrungen sammelten die Polizeiaspiranten in einem mehrwöchigen Praktikum bei der Stadtpolizei Chur sowie beim korpsinternen Praktikum bei der Landespolizei.

Polizistinnen und Polizisten absolvierten verschiedene berufsbezogene Aus- und Weiterbildungen an ausländischen Polizei-Fachhochschulen und Polizeiinstituten. Insgesamt wurden über 550 Tage für die externe Aus- und Weiterbildung investiert (Führung, sicherheitspolizeiliche und fachspezifische Aus- und Weiterbildung). Für die interne Aus- und Weiterbildung (sicherheitspolizeiliche und fachspezifische Aus- und Weiterbildung, Trainings) wurden über 340 Tage aufgewendet.

Internationale Zusammenarbeit

Auch 2007 wurden wieder zahlreiche Aussenbeziehungen gefestigt und erweitert. Interpol, mit seinen über 180 Mitgliedsstaaten, ist für die Landespolizei ein unerlässliches Mittel in der täglichen Polizeikooperation. Im Berichtsjahr stellte Interpol Vaduz 368 Anfragen an ausländische Polizeistellen. Gleichzeitig richteten sich 405 konkrete Anfragen an Interpol Vaduz. Im Rahmen der Zonenverbreitung wurden 39 514 Anfragen durch Interpol Vaduz bearbeitet.

Tätigkeiten und Dienstleistungen

Interpol Vaduz (Auszug)	2007	2006
Konkrete Anfragen an Interpol Vaduz	405	479
Konkrete Anfragen durch Interpol Vaduz an ausländische Interpol-Büros	368	422
Anfragen an Interpol Vaduz im Rahmen von Zonenverbreitungen	39 514	37 679
Ersuchen von Interpol Vaduz an Interpol-Zonen	59	61

2007 wurden 88 Personen zur Fahndung ausgeschrieben (2006: 136) und 360 als verloren oder gestohlen gemeldete Reisedokumente (Reisepässe und Identitätskarten) international ausgeschrieben (2006: 333).

Neben der Mitgliedschaft bei Interpol ist die Landespolizei in der Polizeichefvereinigung Bodensee und dem Ostschweizer Polizeikonkordat als Mitglied vertreten. Diese Einbettung in die regionale Polizeikooperation ist äusserst wertvoll. Sie ermöglicht der Landespolizei, von den Erfahrungen der Partner zu profitieren und Kriminalitätsphänomene in einem internationalen Kontext zu bearbeiten.

Verkehrssicherheit

Im Bereich der Verkehrssicherheit wurde im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit gelegt. Die Verkehrsinstruktoeren der Landespolizei erteilten 762 Stunden Verkehrsunterricht in praktischer und theoretischer Form an Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte sowie an der Waldorfschule. Zur praktischen Verkehrserziehung gehörte auch die Verkehrsschulungsanlage, welche in Vaduz wieder für einen Monat aufgebaut und betrieben wurde.

Neben diesen Unterrichtseinheiten setzte die Landespolizei einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der

Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung. Die Landespolizei war an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und bei Lichtsignalanlagen präsent und hat auf die jüngsten Verkehrsteilnehmer geachtet. Insgesamt wurde im Bereich der Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung 697 Stunden Einsatz geleistet.

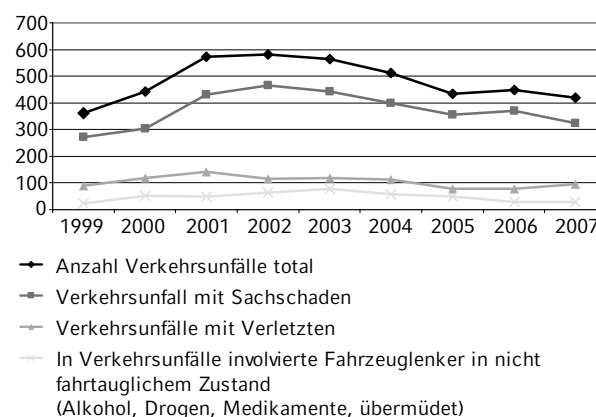
Verkehrspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2007		2006	
	Anzahl	Std.	Anzahl	Std.
Rechtshilfeersuchen von ausl. Amtsstellen (im Sinne SVG)	772		609	
Verkehrskontrollen allgemein (ohne Geschwindigkeit)	97		59	
Geschwindigkeitskontrollen mobil	148		131	
Rotlichtübertretungen	957		1060	
Schulwegsicherung / -überwachung	697		703	
Verkehrsunterricht an Schulen	762		751	
Alkohol- / Drogenuntersuchungen (Blutproben)	388		308	

In Zusammenarbeit mit der Kommission für Unfallverhütung erarbeitete die Landespolizei mehrere Präventionskampagnen beziehungsweise Aktionen. Besonders erwähnenswert sind die Jahreskampagne «z'schnell» sowie die Kampagne zum Schulbeginn und zur Alkoholproblematik.

Im Bereich der Unfallstatistik verzeichnete die Landespolizei einen Rückgang der Verkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Unfälle verringerte sich von 448 (2006) auf 420 (2007). Erfreulich ist, dass es im Berichtsjahr zu keinem schweren Verkehrsunfall mit Todesfolge kam. Im Gegensatz dazu erhöhte sich aber die Zahl der Verkehrsunfälle mit Verletzten um 18 Unfälle, wobei die Zahl der verletzten Personen um 19 Personen auf 116 angestiegen ist.

Verkehrsunfallstatistik	2007	2006
Verkehrsunfälle total		
(inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	420	448
davon Verkehrsunfälle mit Sachschäden (inkl. Parkschäden)	324	370
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	122	118
davon Täter ermittelt	40 %	31 %
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	96	78
dabei verletzte Personen	116	97
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	0	0
dabei Verkehrstote	0	0
davon Unfallort innerorts	373	378

Entwicklung der Verkehrsunfälle



Öffentliche Sicherheit

Im Berichtsjahr leistete die Landespolizei 21 Ordnungsdienstleistungen bei Fussballspielen und bei verschiedenen Grossanlässen wie dem Staatsfeiertag. Obwohl die Fussballspiele grösstenteils friedlich verliefen, ist die Präsenz der Landespolizei je nach Lage unabdingbar. Im Rahmen der Polizeikooperation leistete die Landespolizei sechs Assistenzleistungen in der Schweiz.

Sicherheitspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)

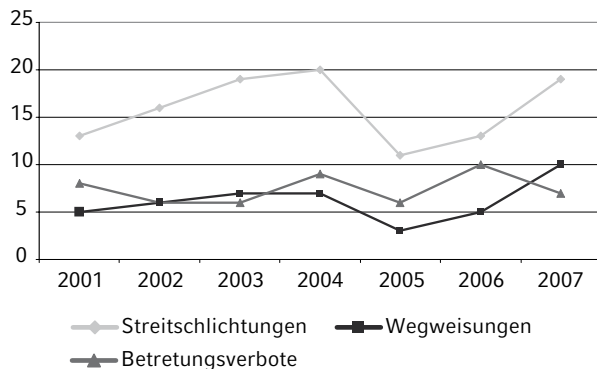
	2007	2006
Ordnungs- und Sicherheitsdienst	21	21
Ordnungsdienstleistungen im Ausland	6	3
Einsätze der Interventionseinheit	2	5
Personen- und Objektschutz	29	30

Die Interventionseinheit, eine im Milizsystem geführte Spezialeinheit für Einsätze mit hohem Gefährdungspotential, leistete im Berichtsjahr zwei Spezialeinsätze. Zudem wird die Interventionseinheit auch für Personen- und Objektschutz eingesetzt.

Der Schutz von Staatsgästen und die Sicherung des tagenden Landtages erforderten 29 Einsätze der Landespolizei. Hierzu gehören auch die Einsätze bei internationalen Konferenzen oder bei Staatsbesuchen.

Im Bereich der häuslichen Gewalt verzeichnete die Landespolizei im Jahre 2007 wieder eine markante Zunahme der Einsätze. Während im Vorjahr 28 Interventionen nötig waren, erhöhte sich die Anzahl der Interventionen, bei denen auch Massnahmen getroffen werden mussten im Berichtsjahr auf 36. Es mussten insgesamt sieben Betretungsverbote gegen männliche Aggressoren ausgesprochen werden.

Entwicklung der Häuslichen Gewalt



Kriminalitätsentwicklung

Straftaten nach dem Strafgesetzbuch

Die Landespolizei erfasste im Berichtsjahr 1075 Straftaten nach dem Strafgesetzbuch, was einen Rückgang um fast 10% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Kriminalstatistik um eine Straftaten- und keine Fallstatistik handelt. Das bedeutet, dass ein Fall mit mehreren Straftatbeständen in der Statistik aufscheinen kann (z.B. Wirtschaftsfall mit drei Straftatbeständen: Untreue, Betrug, Geldwäsche).

Erfreulicherweise sind im Berichtsjahr in praktisch allen Deliktsbereichen teilweise deutliche Abnahmen der Tatbestände zu verzeichnen. Bei den Eigentumsdelikten (Sachbeschädigungen, Einbruch, Diebstahl usw.) ist mit 550 Straftatbeständen ein Rückgang um fast 20% und bei den Gewaltdelikten (Körperverletzung, Raub, Drohung etc.) um rund 8% auf 150 Tatbestände festzustellen. Im Bereich der Wirtschaftsdelikte nahm die Zahl der Straftatbestände um knapp 5% auf 167 ab. Wie in den vergangenen Jahren handelte es sich hierbei hauptsächlich um Betrug/Untreue und Geldwäscherei (vgl. interpretierte Kriminalstatistik 2007).

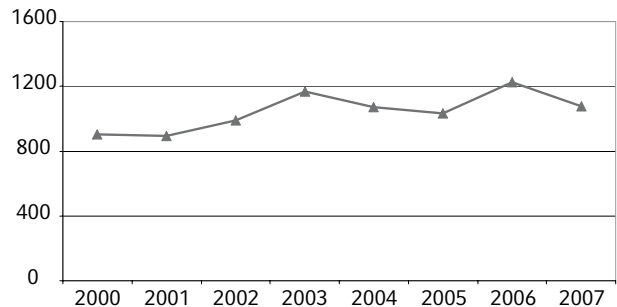
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 40 Sexualdelikte registriert, was eine Abnahme von drei Tatbeständen bedeutet. Trotz dieser Abnahme hält die steigende Tendenz bei der verbotenen Pornographie an, die erneut eine Zunahme um vier auf dreizehn Tatbestände aufweist.

Im Bereich der Jugendkriminalität zeigt sich der gleiche Trend. 67 jugendliche Täter wurden insgesamt ermittelt, was 12.5% des Totals der ermittelten Täter ausmacht. Ein Wert, der teilweise erheblich unter den Zahlen der letzten Jahre liegt (jeweils zwischen 15% und 25%). Im Bereich der Gewaltdelikte wurden 40 Jugendliche als Täter ermittelt, die zusammen total 30 Gewalttatbestände gesetzt haben. Dies liegt im Bereich der letzten Jahre. Ein Trend hin zu einer Zunahme der Jugendgewalt kann aufgrund der Zahlen der Kriminalstatistik nicht belegt werden.

Mit 36 Prozent liegt die Aufklärungsquote auf dem Niveau des Vorjahres. Dennoch ist diese Zahl nur bedingt aussagekräftig. Die Bereiche Wirtschaftskriminalität und

Betäubungsmitteldelikte, die eine Aufklärungsquote von 100 Prozent aufweisen, werden nicht berücksichtigt.

Entwicklung Straftaten nach StGB



Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 225 Straftatbestände nach dem Betäubungsmittelgesetz (BMG) begangen und 107 Tatverdächtige verzeigt, was sieben mehr sind als im Vorjahr. Den Schwerpunkt bildeten 185 Verzeigungen wegen Konsum und seinen Begleithandlungen (Besitz, Ankauf, Beförderung) sowie 20 Verzeigungen wegen Verkauf oder Abgabe von Betäubungsmitteln. Im Berichtsjahr wurden als grösste Sicherstellungen zwei Kilogramm Hanfkraut, 56 LSD-Konsumeinheiten sowie 23 Gramm Kokain beschlagnahmt.

Straftaten nach dem Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)

Im Berichtsjahr hat die Zahl der Migrationsdelikte von 73 auf 56 abgenommen. Die wesentlichen Verzeigungen erfolgten wegen Verstössen gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen (37), wegen Beihilfe zur illegalen Einreise (drei) und wegen Verwendung ge- bzw. verfälschter Dokumente (sechs). Insgesamt wurden 30 Personen ausgeschafft.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten

Die folgende Übersicht zeigt einen Auszug aus den kriminalpolizeilichen Tätigkeiten.

	2007	2006
Hausdurchsuchungen	120	131
Telefon-/Internetüberwachungen	6	15
Observationsmassnahmen	15	7
Ausschaffung / Abschiebung (Anzahl Personen)	30	40
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	109	105
Datensicherungen	78	-

Nebenstrafrecht

Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Die Schwerpunkte bilden dabei nach wie vor das Jugendschutzgesetz und das Waffengesetz, in denen 127 bzw. 109 Tatbestände gesetzt wurden.

Kriminalstatistik 2007

Um die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung in Liechtenstein zu erleichtern, wird neu eine interpretierte Kriminalstatistik publiziert, in der mehrere Tatbestände zu Deliktgruppen und diese zu Kriminalitätsfeldern zusammengefasst werden. Dabei können auch einzelne Tatbestände mehreren Kriminalitätsfeldern zugeordnet werden (z.B. Vergewaltigung zu den Kriminalitätsfeldern «Gewaltdelikte» und «Sexualdelikte»). Da es sich

um eine verdichtete Auswahl von kriminalitätsfelderspezifischen Tatbeständen handelt, entsprechen diese in ihrer Summe nicht dem Total der Tatbestände im Jahr 2007. Ein Vergleich der Werte dieser interpretierten Kriminalstatistik mit den Zahlen der in der Vergangenheit publizierten, rein tatbestandsbezogenen Kriminalstatistik ist daher nur begrenzt möglich.

Kriminalstatistik 2007

Straftaten nach StGB	Anzeigen		Veränderung		geklärte TB		ermittelte Tatverdächtige		
	2007	2006	in Zahlen	in %	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
1. Wirtschaftsdelikte	167	175	-8	-5			64	0	55
Betrug/Untreue	124	124	0	0			43	0	35
Konkursdelikte	6	13	-7	-54			3	0	2
Geldwäsche/OK	34	34	0	0			18	0	18
Abschöpfung/Verfall/Einziehung	3	4	-1	-25			0	0	0
Terrorismusfinanzierung	0	0	0	na			0	0	0
Korruption/Insidergeschäfte	0	0	0	na			0	0	0
2. Vermögens u. Eigentumsdelikte	550	687	-137	-20	100	18	141	31	83
Diebstähle (alle)	192	243	-51	-21	28	15	33	10	24
davon Diebstahl Motorfahrzeuge	7	4	3	75	1	14	4	3	3
davon Diebstahl Fahrräder	58	45	13	29	0	na	0	0	0
Veruntreuung/Unterschlagung/									
Sachentziehung	23	34	-11	-32	9	39	10	0	7
Einbruchdiebstahl	142	171	-29	-17	19	13	33	2	17
Hehlerei / Glückspiel	4	8	-4	-50	3	75	4	0	4
Sachbeschädigung	189	231	-42	-18	41	22	61	19	31
3. Gewaltdelikte	150	163	-13	-8	128	85	175	22	122
Tötungsdelikte	0	0	0	na	0	na	0	0	0
Körperverletzung/Raufhandel	68	77	-9	-12	59	87	75	12	54
Erpressung/Entführung	1	1	0	0	1	100	3	0	3
Raub	5	4	1	25	1	20	5	0	4
Drohung	52	56	-4	-7	47	90	63	7	42
Nötigung	8	17	-9	-53	5	63	8	0	9
Sexuelle Gewalt	11	8	3	38	11	100	15	2	7
Gewalt gegen Beamte	5	0	5	na	4	80	6	1	3
4. Sexualdelikte	40	43	-3	-7	34	85	45	5	27
Vergewaltigung / sex. Nötigung	7	7	0	0	7	100	11	2	5
Sexuelle Delikte gegen Unmündige	11	5	6	120	9	82	10	1	5
Sex. Belästigung/Exhibitionismus	8	22	-14	-64	7	88	11	1	9
Zuhälterei	1	0	1	na	1	100	1	0	0
Pornographie	13	9	4	44	10	77	12	1	8
5. Migrationsdelikte	48	58	-10	-17	45	94	56	0	50
Einreise / Aufenthalt	37	42	-5	-12	35	95	42	0	41
Beihilfe (Schleppertätigkeit)	3	7	-4	-57	3	100	5	0	1
Ausweisverwendung	6	3	3	100	5	83	8	0	8
Arbeit	2	6	-4	-67	2	100	1	0	0
6. Politisch / religiös motivierte Delikte	2	5	-3	-60	2	100	2	1	1
Rassendiskriminierung	1	1	0	0	1	100	1	0	0
Terrorismus	0	0	0	na	0	na	0	0	0
Verbotener Nachrichtendienst	0	1	-1	-100	0	na	0	0	0
Ordnungsdelikte	1	3	-2	-67	1	100	1	1	1

Straftaten nach StGB	Anzeigen		Veränderung		geklärte Fälle		ermittelte Täter		
	2006	2005	in Zahlen	in %	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
7. Gemeingefährliche Delikte	4	6	-2	-33	2	50	3	2	1
Branddelikte	4	6	-2	-33	2	50	3	2	1
Sprengstoffdelikte	0	0	0	na	0	na	0	0	0
Strahlendelikte	0	0	0	na	0	na	0	0	0
Umweltdelikte	0	0	0	na	0	na	0	0	0
8. Urkundendelikte	25	23	2	9	14	56	18	1	16
Fälschung von Dokumenten	24	22	2	9	14	58	18	1	16
Geld und Wertpapierfälschung	1	1	0	0	0	na	0	0	0
9. Nebenstrafrecht	275	362	-87	-24	247	90	264	60	145
Waffen / Sprengstoff	109	97	12	12	106	97	111	4	101
Jugendgesetz	127	204	-77	-38	122	96	130	56	30
Bau / Gewerbe / Handel / Tourismus	3	22	-19	-86	2	67	2	0	1
Banken / Treuhänder / Sorgfaltspflicht	5	9	-4	-44	3	60	4	0	2
Schutz Geheimbereich, Arbeit	8	8	0	0	3	38	6	0	5
Tierschutz, Jagd, Fischerei, Hundehaltung	6	16	-10	-63	2	33	2	0	1
Gesundheit / Umwelt / Abfall	17	6	11	183	9	53	9	0	5
10. Drogendelikte	132	134	-2	-1			107	14	59
Anbau / Produktion	5	2	3	150					
Handel / Verkauf	36	29	7	24					
Schmuggel	2	3	-1	-33					
Eigenkonsum	89	99	-10	-10					
Schwere Fälle	0	1	-1	-100					
11. Kripo-Ereignisse ohne Tatbestand									
Vermisstfälle	13	19	-6	-32					
Brände	15	26	-11	-42					
Aussergewöhnliche Todesfälle (AGT)	13	9	4	44					
Suizide	2	1	1	100					
Drogentote	0	0	0	na					
Tod Krankheit/Unfall o. Verkehr	11	8	3	38					

Amt für Bevölkerungsschutz

Amtsleiter: Alfred Vogt

Im Mittelpunkt des Berichtsjahres standen für das frühere «Amt für Zivilschutz und Landesversorgung» zum einen die Inkraftsetzung des neuen «Gesetzes über den Bevölkerungsschutz» (BSchG – LGBl. 2007 Nr. 139) und daraus resultierend die Umbenennung in «Amt für Bevölkerungsschutz».

Zum anderen waren damit entsprechende Informationen für notwendige Anpassungen für das Land und für die Rettungs- und Hilfsdienste einerseits und die Gemeinden andererseits verbunden. Auf Landesseite waren dies insbesondere die Neuorganisation Landesführungsstabes und des Lawinendienstes sowie die Formulierung der Eckpunkte für die Gemeinden mit klaren Hinweisen auf ihre Verpflichtungen. Den Rettungs- und Hilfsdiensten wurden Entwürfe für die im neuen Gesetz vorgesehenen Leistungsaufträge zur Verfügung gestellt, die diese mit dem Land abschliessen können, um weiterhin Jahresbeiträge zu be-

anspruchen.

Allgemeines

Amtsorganisation

Das Amt für Bevölkerungsschutz wies im Berichtsjahr einen Personalbestand von 5 Personen mit insgesamt 500 Stellenprozenten auf. Zudem wurde während der meisten Zeit ein Lehrling beschäftigt.

Einsatz 07 – Retten und Helfen

Das Amt für Bevölkerungsschutz organisierte im Auftrag der Regierung für den 25. August 2007 einen Grossanlass auf dem Areal an der Zollstrasse 45 in Vaduz, an dem sich alle Rettungs- und Hilfsdienste mit all ihren Möglichkeiten präsentieren und die gegenseitige Zusammenarbeit darstellen konnten. Mit einem Aufmarsch von ca. 8000 interessierten Besuchern einerseits und einem sehr umfangreichen Programm aller Rettungs- und Hilfsorganisationen andererseits, wurden die Erwartungen bei weitem übertroffen.

Landes-Führungsstab (LFS) / Gemeinde-Führungsstäbe

Der Schwerpunkt der Arbeit des Landesführungsstabes war die personelle und organisatorische Anpassung an das neue Bevölkerungsschutzgesetz und die Aufarbeitung von Mängeln und Pendenzen, wie sie an der grenzüberschreitenden Grossübung «Rheintal 06» erkannt wurden. Neben grundsätzlichen Problemen liess sich der LFS an den 7 Sitzungen von Anbietern wichtiger Infrastruktur in Liechtenstein als direkte Partner in ausserordentlichen Lagen vor allem über die Notfallplanung, die Schnittstellen zum Stab und das Erfassen von Kontaktstellen zum Stab informieren.

Alarmierung in Liechtenstein

SMT-Telefonalarmierung

Die Alarmierung der Hilfs- und Rettungsorganisationen über die SMT-(Telefon-)Alarmierung aus der Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) hat sich bewährt und mit wenigen minimalen Einschränkungen einwandfrei funktioniert. Da sich der neue Landesführungsraum im Landtagsgebäude im Bau befindet, blieb die 2. Kommandostelle (Auslösestelle) im geschützten Kommandoposten der Landespolizei.

Sirenenalarmierung

Wie üblich wurden am 7. Februar 2007 (1. Mittwoch im Februar) alle Sirenen über Fernsteuerung für den Probealarm ausgelöst. Alle Sirenen ertönten korrekt.

Im Spätsommer kam es bei einer Sirene (Nendeln) zu einer Übermittlungsstörung, die aber durch die Servicefirma sofort behoben werden konnte, sodass eine Alarmierung mit einem nur sehr kurzen Unterbruch gewährleistet werden konnte.

Feuerwehr

Feuerwehrstützpunkt Vaduz

Stützpunkt-Feuerwehr

Für den Feuerwehr-Stützpunkt konnten zwei bedeutende Projekte eingeleitet werden, sodass die Beschaffung eines Grosslüfters und eines Hubretters gesichert sind.

Strahlenschutz

Der Strahlenschutz ist in die Stützpunkt-Feuerwehr integriert, personell aber unabhängig. Ihm stehen derzeit 12 Aktivmitglieder aus verschiedenen Feuerwehren zur Verfügung sowie ein Feuerwehrinstructor aus dem Kt. Graubünden. In Vaduz fand ein Strahlenschutz-Weiterbildungskurs statt, an welchem auch eine Strahlenschutzgruppe aus Thurgau teilgenommen hat.

Personalbestand

In Liechtenstein standen per 31. Dezember 2007 11 freiwillige Gemeindefeuerwehren mit 470 Aktiven und 6 Betriebsfeuerwehren (bzw. Löschgruppen) mit 139 Leuten zur Verfügung. Der gesamte Personalbestand belief sich auf 609 Feuerwehrleute. Darunter sind 16 Frauen. Von den Feuerwehren wurden dem Amt 46 Jugendfeuerwehr-Mitglieder aus acht Gemeinden gemeldet.

Feuerwehrausbildung

Inlandkurse

In 12 Kursen der Feuerwehren wurde in Liechtenstein an 26.5 Tagen Aus- und Weiterbildung angeboten. Es nahmen 298 Personen teil und absolvierten 718.5 Kurstage (Personentage).

Auslandkurse

Im Ausland wurden an 16 Tagen 8 verschiedene Kurse besucht und dabei 74 Personentage absolviert.

An 5.5 Tagen wurden 4 Informations- und Weiterbildungsanlässe für die Mitglieder der Jugendfeuerwehren und deren Betreuer angeboten und von 93 Jugendfeuerwehr-Leuten besucht.

Feuerwehr-Einsätze

Gesamthaft haben die Feuerwehren Liechtensteins im Berichtsjahr 439 Einsätze mit total 4124 Einsatzstunden geleistet.

Gemeindefeuerwehren

Die Gemeindefeuerwehren leisteten total 352 Einsätze – davon 38 Brandereignisse – mit 3872 Einsatzstunden. Es rückten total 1520 Personen aus.

Stützpunktfeuerwehr Vaduz

Als Stützpunktfeuerwehr hatte die Feuerwehr Vaduz im Berichtsjahr 3 Einsätze, 2 davon dienten der Unterstützung anderer Organisationen bei Rettungs- und Suchaktionen. Pikettdienst wurde an 64 Wochenenden und Feiertagen geleistet.

Betriebsfeuerwehren

Die Betriebsfeuerwehren verzeichneten 87 Einsätze, davon nur 6 Brände. Es rückten total 191 Leute für 252 Stunden aus.

Übungstätigkeit

Der Gesamtaufwand an Übungsstunden aller Feuerwehren beträgt 17600 Stunden, davon wurden 14 890 von den Gemeinde- und 2710 von den Betriebsfeuerwehren aufgebracht.

Inspektionen

2007 wurden alle 11 Feuerwehren der Gemeinden und der 6 Betriebe inspiziert. Die Inspektionen waren in Form von alarmmässigen Einsätzen konzipiert. Zusammenfassend konnte ein sehr gutes Ergebnis festgestellt werden.

Feuerwehrinstruktoren

Es stehen 25 eigene Instruktoressen zur Verfügung, welche 2007 im Land gesamthaft an 12 Kursen mit total 31 Kurstagen und mehrheitlich mit mehreren Klassen total während 125 Manntagen als Ausbilder im Einsatz standen. Für die persönliche Aus- und Weiterbildung wurden von den Feuerwehrinstruktoren 69 Tage aufgewendet.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die ursprüngliche «Arbeitsgruppe für die Feuerwehr-Koordination 2003plus» wurde umbenannt in neu «Feuerwehr-Koordination Liechtenstein» und erledigte ihre Sachgeschäfte an insgesamt 7 Sitzungen, die insbesondere einen Schwerpunkt behandelten: die Übungsanlage zum «Üben am Feuer».

Die ständige Kommission für Stützpunkt und Chemiewehr tagte 6 Mal. Ihr Hauptthema war die Beschaffung eines Grosslüfters und die Ersatzbeschaffung für die Autodrehleiter.

In zwei zusätzlichen temporären Arbeitsgruppen wurden die Erneuerung des Feuerwehr-Ausbildungskonzeptes und die Möglichkeiten für Übungen am Feuer behandelt.

Hilfs- und Rettungsorganisationen

Samariterwesen

Personalbestand

Ende Jahr waren in diesen 6 Vereinen noch 182 Samariter/innen über Telefon alarmierbar. Davon sind 49 Männer.

Kurswesen

Die sechs Vereine haben insgesamt 51 Kurse für die Bevölkerung inkl. 23 Nothilfekurse an Schulen und 13 für die Öffentlichkeit durchgeführt.

Durch die Kaderleute wurden an 16 Kursen insgesamt 107 Personen-Tage an Aus- und Weiterbildung geleistet.

Bergrettung

Personal

In der «Bergrettung Liechtenstein» BRL (neuer Name der Liechtensteinischen Bergrettung) waren Ende Jahr 27 Mitglieder aktiv, darunter sind 5 Frauen. Zudem ha-

ben 5 Aspirantinnen und Aspiranten mitgearbeitet. Leider verunglückte an einem Anlass der BRL ein aktives Mitglied tödlich durch eine Lawine.

Einsätze

Die BRL wurde zu 8 Einsätzen aufgeboden. Dafür rückten total 78 Bergretterinnen und Bergretter für insgesamt 396 Einsatzstunden aus. Betroffen waren 8 Personen, davon waren 2 unverletzt, 5 leicht und 1 schwer verletzt. 1 Person konnte nur noch tot geborgen werden.

Kurse und Übungen

Insgesamt wurden 10 interne Übungen mit durchschnittlich ca. 20 Teilnehmern und 9 weitere Vereinsanlässe sowie ab Mitte Oktober ein wöchentliches Konditionstraining organisiert. 3 externe Kader- und Spezialistenkurse wurden besucht und dabei 21 Personen-Tage absolviert.

Rettungshundegruppe Liechtenstein

Die Rettungshundegruppe Liechtenstein bestand aus 7 aktiven Hundeführern mit ausgebildeten Hunden. Davon sind nach wie vor 4 auch bei der Alpinen Rettung Schweiz tätig.

Lawinenhunde

Die Rettungshundeführer führten reglementsgemäss 4 Schuttagstage auf der Lawine sowie eine Alarmübung durch.

Die Rettungshundegruppe verzeichnete 2007 einen Lawinen-Wintereinsatz.

Geländesuche

2 Hundeführer arbeiten innerhalb der Alpinen Rettung Schweiz auch in der Geländesuche (Sommerarbeit) mit. Bei 5 regionalen Ernstfall-Einsätzen war je mindestens ein Hundeführer aus Liechtenstein dabei.

Für die Geländesuche wurden 6 Kurstage abgerechnet. Daneben übt diese Gruppe während des Jahres an ca. 30 Abenden mit den Tieren.

Beobachtungsdienst / Schneemessung

Der Beobachtungsdienst wurde durch 3 Personen abgedeckt. Sie wendeten für ihren Dienst total 187 Stunden auf, davon 6 für 4 Schneeprofile zur genaueren Abklärung des Aufbaus der Schneedecke (gerechnet von November 2006 bis November 2007).

Nach wie vor arbeiten die Beobachter eng mit dem Eidg. Institut für Schnee- und Lawinenforschung ISL zusammen. 2 Beobachter konnten im Dezember 2007 einen Weiterbildungskurs beim ISL absolvieren.

Lawinendienst

Bis zum Inkrafttreten des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes am 1. Juli 2007 entstanden dem Land für den Lawi-

nendienst keine Kosten. CHF 4800 wurden den Gemeinden Vaduz, Triesen und Triesenberg weiterverrechnet.

Für die 2. Jahreshälfte mussten für den Lawinendienst noch CHF 2668 aufgewendet werden.

Die im BSchG geforderte Verordnung zum Lawinendienst wurde in Kraft gesetzt (LGBl. 2007 Nr. 287) und der Lawinendienst namentlich neu besetzt.

Wasserrettung

Die liechtensteinische Wasserrettung verfügte im Berichtsjahr über 24 Aktivmitglieder, darunter sind 2 Frauen. Sie absolvierte 2 ganz- und 2 halbtägige Weiterbildungskurse. Dafür wurden CHF 15 588 aufgewendet. Die Wasserrettung wurde von der Landespolizei zu einem Ernstfall-Einsatz aufgeboten.

Landesversorgung

Landesversorgung

Die im BSchG geforderte Verordnung zur Landesversorgung wurde in Kraft gesetzt (LGBl. 2007 Nr. 314).

Die vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung geforderte Information der Gemeinden wurde im Herbst 2007 durchgeführt. Im Zuge der Einladung wurden die Gemeindestellen für Rationierungsmassnahmen neu bestimmt und ebenfalls eingeladen.

Heizöllager «Forst»

Das Land Liechtenstein besitzt 1450 Anteilscheine der Genossenschaft für Heizöllagerhaltung für die Berechtigung der Einlagerung von je 5 Tonnen Heizöl. Die gesamte mögliche Einlagerungskapazität des Landes beträgt also 7250 Tonnen. Sie ist ungenutzt bzw. das Lager leer.

Fachtechnik und Logistik

Logistik

Die Hauptaufgabe der Logistik im Jahre 2007 bestand darin, das vom Amt zur Verfügung gestellte Einsatz- und Kursmaterial für die Hilfs- und Rettungsorganisationen bereit zu stellen, vor Ort zu bringen sowie den Unterhalt und die Einsatzbereitschaft zu gewährleisten.

Ein besonderer Schwerpunkt war das Aktualisieren der gesamten Inventarliste für die Lager des Amtes.

Kleinlöscherschulungen

Im Jahre 2007 wurden 26 Kleinlöscherschulungen durchgeführt, an denen 1525 Teilnehmer zu verzeichnen waren. Die Teilnehmer kamen aus Feuerwehren, Schulen und Heimen sowie von Banken, Industrie und Gewerbe.

Zivilschutz

Schutzraumbau / Schutzplatzangebot

Schutzraum- / Schutzplatzübersicht

Das Schutzplatzangebot stellt sich, wie unten abgebildet, dar.

Gemeinde	Einwohner Juni 06	Schutzplatz- angebot	In Prozent
Vaduz	5050	2694	53.35
Triesen	4652	2013	43.27
Balzers	4437	1012	22.81
Triesenberg	2554	2311	90.49
Schaan	5771	1475	25.56
Planken	375	16	4.27
Eschen/Nendeln	4118	1818	44.15
Mauren/Schaanwald	3678	1951	53.05
Gamprin/Bendern	1462	573	39.19
Ruggell	1913	844	44.12
Schellenberg	1000	471	47.10
Total	35010	15178	43.35

Führungsraum im «Neuen Landtagsgebäude»

Im Untergeschoss des neuen Landtagsgebäudes wurde ein geschützter Führungsraum mit vollständiger Führungsinfrastruktur weitgehend fertig gestellt. Aufgrund der komplexen Infrastruktur und der deshalb benötigten Installationen im neuen Landtagsgebäude verzögerten sich die Arbeiten erheblich.

Schutzraumprojekte

Das Amt für Bevölkerungsschutz bearbeitete im Jahr 2007 ein Projekt mit total 680 Schutzplätzen in einem privaten Gebäude. Zwei weitere Schutzraum-Projekte mit Total 117 Schutzplätzen sind im Bau und werden im kommenden Jahr fertig gestellt. In Gemeindebauten sind derzeit keine neuen Schutzraumprojekte geplant.

Für den Neubau des Schulzentrums Unterland II wurden der notwendige Platzbedarf und die Infrastruktur definiert, die beim Bau eines Schutzraumes allenfalls benötigte würden.

Spezialprojekte

Eine Arbeitsgruppe erarbeitete im Auftrag der Regierung ein «UKW-Notsendekonzept in ausserordentlichen Lagen für das Fürstentum Liechtenstein». Fertig gestellt wurde die Verbindung vom neuen Landtagsgebäude via Landespolizei-Gebäude zum Sender Erbi Triesenberg. Der Sender Erbi wurde mit einem mobilen/stationären Notstromgerät ausgerüstet.

Gruppen des Amtes

Übermittlungsgruppe

Im Jahr 2007 bestand die Übermittlungs-Gruppe des Landes Liechtenstein aus 18 Mitgliedern und 2 Aspiranten, darunter 4 Frauen. Insgesamt wurden 6 gemeinsame Übungen,

Ausbildungen bzw. Einsätze durchgeführt. Dabei wurden etwas über 440 Einsatz-Stunden geleistet. Höhepunkte waren die Sicherstellung der Kommunikation am LGT-Marathon und die Demonstration anlässlich dem «Einsatz 07».

Betriebsgruppe Landesführungsraum

Diese Gruppe besteht derzeit aus 10 Mitgliedern und hat als Hauptaufgabe den technischen und administrativen Betrieb des Landesführungsraumes sicherzustellen. Einzelne Mitglieder stehen auch als Stabs-Assistenten dem Landes-Führungsstab oder den Gemeinde-Führungsstäben zur Verfügung. Im Jahr 2007 wurden an 20 Einsätzen insgesamt 255 Stunden abgeleistet. Um die Erfüllung der Aufgaben gewährleisten zu können, ist eine personelle Aufstockung der Betriebsgruppe notwendig. Kernteams für die Zivilschutzorganisationen:

Drei Kernteams (Anlagewart, Betreuung und Versorgung) bilden den Dreh- und Angelpunkt der Zivilschutzgruppen der Gemeinden. Sie übernehmen wichtige Aufgaben in der Gruppenführung sowie gezielte Spezialaufträge – insbesondere bei der Ausbildung.

Die Anlagewarte führen alle Arbeiten für Funktionskontrollen in den Schutzzräumen und die periodischen Probeläufe der Notstromgeräte in den landeseigenen Schutzzräumen durch.

Die Gruppe «Betreuung» plant die Aufnahme von Obdachlosen und / oder evakuierten Personen an Sammelpunkten oder in Notunterkünften und leitet solche Aktionen.

Die Mitglieder des Versorgungswesens sind spezialisiert auf die Vorsorgung mit Lebensmitteln von Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie von Obdachlosen oder Notleidenden. Grosse Arbeit haben sie anlässlich «Einsatz 07» geleistet. Sie haben die Verpflegung für die Helfer und Besucher geplant, zubereitet und abgegeben.

Zivilschutzausbildung

Zivilschutz Aus- und -weiterbildung in Liechtenstein

Der Zivilschutz-Einführungs- und der Grundkurs wurden mit je 12 Teilnehmern durchgeführt. Des weiteren wurden vom Amt folgende Weiterbildungskurse angeboten: Umgang mit Medien, Funkkurs für Mitglieder, Schutzraum-Wartung und -Bereitstellung sowie Navigation und Kartenführung.

Weiterbildungsangebote in der Schweiz

In der Schweiz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz in Schwarzenburg CH wurden der Auffrischkurs «Chef Lage und logistische Koordination» und der Gruppenführerkurs «Telematik» belegt; in Thun wurde zusätzlich der Küchenchef-Kurs besucht.

Im Kanton St. Gallen wurden besucht: Kurse zur Führung der «Elektronischen Wandtafel» und zur Kartenführung sowie Kaderkurse für den Chef Lage und den Chef Telematik.

Total nahmen 4 Personen teil und absolvierten dabei 30 Manntage.

Zivilstandsamt

Amtsleiter: Hansjörg Meier

Die Schwerpunktaufgaben des Zivilstandsamts lagen im Berichtsjahr in der Führung und laufenden Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister, der Beratung und Beantwortung von Anfragen, beim Vollzug von Eheschliessungen, bei der Bearbeitung von Geburts-, Ehesowie Todesereignissen, der Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen), der Anerkennung von ausländischen Zivilstandsereignissen, der Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil 1996/36, der Registrierung ausserehelicher Kinder liechtensteinischer Väter, der Führung des Heimatscheinregisters, der Ausgabe von Registerauszügen, Dokumenten und Bestätigungen, der Durchführung von Namensänderungen, der Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV) sowie der Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts. Im Berichtsjahr neu hinzugekommen sind die Einbürgerungen alteingesessener Ausländer (LGBl. 2000 Nr. 141), die Einbürgerungen infolge Eheschliessung (LGBl. 1996 Nr. 124) und die Einbürgerungen im ordentlichen Verfahren (LGBl. 1996 Nr. 76). Diese Aufgaben wurden vom Ressort Inneres an das Zivilstandsamt übertragen.

Ziviltrauungen in Liechtenstein

Vollzug von Eheschliessungen	2007	2006
Liechtensteiner : Liechtensteinerinnen	54	33
Liechtensteiner : Ausländerinnen	60	52
Ausländer : Liechtensteinerinnen	56	64
Ausländer : Ausländerinnen	31	27
Total	201	176

Heimatscheine, Todesfall-Aufnahmen und Namensänderungen

Ausstellung von Dokumenten und Durchführung von Namensänderungen	2007	2006
Heimatscheine	68	38
Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen)	242	231
Namensänderungen	53	58
Annahme des ledigen Namens	20	21

Anerkennungen ausländischer Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse	2007	2006
Ausländische Eheschliessungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	70	57
Ausländische Ehescheidungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	14	25
Adoptionen ausländischer Kinder durch liechtensteinische Staatsangehörige	2	1

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36)

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger	2007	2006
Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2007–31.12.2007 aufgrund des Staatsgerichtshofurteils 1996/36 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Kinder liechtensteinischer Mütter)	138	200

Einbürgerung alteingesessener Ausländer (LGBl. 2000 Nr. 141)

Einbürgerung alteingesessener Ausländer	2007	2006
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2007–31.12.2007 aufgrund des Gesetzes vom 12. April 2000 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 2000 Nr. 141, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer)	140	111

Einbürgerung infolge Eheschliessung (LGBl. 1996 Nr. 124 – ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger)

Einbürgerung infolge Eheschliessung	2007	2006
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2007–31.12.2007 aufgrund des Gesetzes vom 20. Juni 1996 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 1996 Nr. 124, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger)	45	33

Einbürgerung im ordentlichen Verfahren (LGBl. 1996 Nr. 76 – Einbürgerung durch Gemeindeabstimmung)

Einbürgerung im ordentlichen Verfahren	2007	2006
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2007–31.12.2007 aufgrund des Gemeindegesetzes vom 20. März 1996 (LGBl. 1996 Nr. 76) die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Einbürgerung durch Gemeindeabstimmung)	8	12

Schwerpunktaufgaben 2007

- Führung und laufende Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister (Geburts-, Ehe-, Familien- und Todesregister);
- Aufnahme von Eheverkündungsgesuchen (Ehevorbereitung);
- Vollzug von Eheschliessungen;
- Ausstellung von Geburts-, Ehe- und Todesscheinen, Familienregistrauszügen, Heimatscheinen, Ehefähigkeitszeugnissen, Zivilstandsausweisen, Bestätigungen sowie anderen Dokumenten;
- Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen);
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Ämter, Gemeinden, Gerichte, Konsulate und Behörden;
- Mitteilung in Bezug auf aussereheliche Kinder an Kinder- und Jugenddienst sowie Landgericht;
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Regierungskanzlei zur Beglaubigung und Weiterleitung;
- Registrierung von Ehetrennungen, Ehescheidungen, Legitimationen und Adoptionen;
- Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36 – Kinder liechtensteinischer Mütter);
- Einbürgerung alteingesessener Ausländer (LGBl. 2000 Nr. 141);
- Einbürgerung infolge Eheschliessung (LGBl. 1996 Nr. 124 – ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger);
- Einbürgerung im ordentlichen Verfahren (LGBl. 1996 Nr. 76 – durch Gemeindeabstimmung);
- Registrierung ausserehelicher Kinder liechtensteinischer Väter;
- Registrierung von Gemeindebürgerrechtsänderungen;
- Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse liechtensteinischer Staatsangehöriger (Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen);
- Beglaubigungen;
- Durchführung von Namensänderungen;
- Führung des Heimatscheinregisters;
- Umsetzung des Internationalen Privatrechts (IPR);
- Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV);
- Umsetzung Phase 3 des EDV-Projekts ZSA;
- Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

KOMMISSIONEN

Landesgrundverkehrskommission

Präsident: Dr. Benedikt Marxer

Die LGVK hielt im Jahr 2007 am 05.06. und 27.06. insgesamt zwei nicht-öffentliche Sitzungen ab.

Anhängige Rechtssachen 2007 11

Anfall Beschwerden 2007 9
davon: a) Hertrag 2006 2
b) Neuanfall 2007 7

Anfall Sonstige Anträge 2007 2
(amtswegige Prüfung der Erfüllung einer Auflage etc.)

davon: a) Hertrag 2006 0
b) Neuanfall 2007 2

Beschwerdeführer/Antragsteller des Neuanfalls 2007

a) Regierung 6
b) Vertragspartei 3

Erledigung Rechtssachen 2007 10

davon: a) Stattgebung/Teilstattgebung 6
b) Abweisung 0
c) Zurückweisung und sonstige Erledigungen 4

Übertrag in das Geschäftsjahr 2008 1

Gewaltschutzkommission

Vorsitzender: Jules S. Hoch

Die Kommission unter dem Vorsitz von Kripochef Jules S. Hoch kam im Berichtsjahr zu sieben Sitzungen zusammen, wobei der Jahresschwerpunkt auf der Gewaltpräventionskampagne «Respect bitte!» lag.

Am 7. Februar wurde diese Kampagne an einer Pressekonferenz unter Beteiligung der Regierungsräte Dr. Martin Meyer und Hugo Quaderer offiziell lanciert. In der Folge sind alle Lehrer und Lehrerinnen der weiterführenden Schulen, die Jugendkommissionen und die Jugendtreffleitungen ausführlich über die Kampagne informiert worden. Das Konzept der Kampagne, didaktisches Material sowie einen Referentenpool über die Homepage www.respect-bitte.li potentiellen Veranstaltern (Elternvereinigungen, Jugendkommissionen, Schulteams usw.) anzubieten, stiess auf grossen Zuspruch. In den Schulen, an Elternabenden und an einer Fachtagung der Jugendarbeiter/innen wurden bisher vor allem Veranstaltungen zu den Themen Mobbing und Gewalt und neue Medien (Handy, Internet) durchgeführt. Ebenfalls im Rahmen der Kampagne wurde ein Flyer «Sag Nein zu Gewalt auf Handy und Computer» in Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Verein Liechtensteinischer Jugendorganisationen produziert und in den Schulen sowie Jugendtreffs an Jugendliche abgegeben bzw. mit diesen thematisiert. Die Kampagne dauert noch bis Herbst 2008 an.

Darüber hinaus wurde das «Handbuch zur Reduktion von Gewaltvorfällen an öffentlichen Anlässen und einem verbesserten Jugendschutz» von den Gemeinden implementiert und kann von Veranstaltern nun von den Homepages der Gemeindeverwaltungen heruntergeladen werden. Damit sind Jugendschutz und Gewaltprävention zwingende Bestandteile jeder Veranstaltungsvorbereitung geworden.

Gestützt auf eine UN-Empfehlung (CERD) hat die Regierung die GSK beauftragt, eine Studie zu den Hintergründen des Rechtsextremismus in Liechtenstein durchzuführen. Diese Aufgabe stellt in mehrerer Hinsicht eine grosse Herausforderung dar. So galt es zuerst vor allem eine geeignete Forschungseinrichtung zu finden und mit ihr das Forschungsdesign zu entwickeln. Da entschieden wurde, dass im Zentrum der Studie Interviews mit Angehörigen der rechten Szene stehen sollten, galt es Wege zu finden, um den Forschern den Zugang zur rechten Szene in Liechtenstein zu ermöglichen, ohne dabei das Amtsgeheimnis zu verletzen. Ob es gelingt, Angehörige der rechten Szene zur Zusammenarbeit mit den Forschern zu motivieren wird sich weisen müssen. Auf Antrag der GSK hat die Regierung Ende Jahr die Fachhochschule Nordwestschweiz mit der «Durchführung

einer wissenschaftlichen Studie über die Hintergründe des Rechtsextremismus in Liechtenstein» beauftragt. Die Studienergebnisse sollten im Sommer 2009 vorliegen und wertvolle Erkenntnisse zu den Hintergründen des Rechtsextremismus in Liechtenstein liefern.

Schliesslich beauftragte die Regierung die GSK mit der Koordination der Beantwortung der im August-Landtag von zwei Abgeordneten eingereichten Interpellation zur «Häuslichen Gewalt». Der Entwurf einer Interpellationsbeantwortung ist fristgerecht dem Ressort Justiz übermittelt worden.

Im Übrigen fanden im Rahmen der GSK-Sitzungen jeweils kurze Lagebeurteilungen statt. Es zeigte sich, dass die Jugendgewalt im Jahr 2007 in Liechtenstein keine dramatische Veränderung erfahren hat. Sowohl an den Schulen als auch im Bereich der öffentlichen Jugendarbeit kommt es immer wieder vereinzelt zu Gewaltvorfällen, ohne dass daraus jedoch Tendenzen oder neue Entwicklungen abgeleitet werden müssten. Die konsequente Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen durch das Amt für Soziale Dienste und die Landespolizei sowie die definitive Institutionalisierung der Schulsozialarbeit an den Liechtensteiner Schulen tragen zweifellos zu einer Reduktion bzw. Stabilisierung der Gewaltsituation bei.

Auch im Bereich der rechten Gewalt bzw. Szene zeigt sich ein unverändertes Bild. Die Szene existiert im bekannten Umfang. Im Jahr 2007 wurden 13 Vorfälle registriert, in die Angehörige der rechten Szene involviert waren (tätliche Auseinandersetzungen, Sachbeschädigungen, Drohungen). In der Öffentlichkeit stark wahrgenommen wurde die Beschädigung von Plakaten der Flüchtlingshilfe durch das Besprayen mit Hakenkreuzen und anderen nationalsozialistische bzw. rechtsextremen Parolen.

Regelungskommission

Vorsitzender: Mag. iur. Konrad Lanser

Die Kommission hat im Jahre 2007 keine Sitzungen abgehalten.

Der Vorsitzende der Regelungskommission hat verschiedene Anfragen einer Erledigung zugeführt.

